

12. Jahrgang, Ausgabe 1 Pfingsten 2006

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)

c/o CDU-Landtagsfraktion

Domplatz 6-9, Tel.: (0391) 5 602 000

39104 Magdeburg Fax: (0391) 5 666 830

Liebe Freunde,

Pfingsten steht vor der Tür und ein Hallelujah zum Geburtstag unserer Kirche ist jenen eine Herzenssache, denen ihre Kirchgemeinde auch ein Lebensmittelpunkt ist. Da ein Zeitungsleser inzwischen daran gewöhnt ist, an dieser oder jener unpassenden Stelle ein Trennungszeichen vorzufinden, das da nicht hingehört, stolpert der Uneingeweihte vielleicht nicht über dies

Halle-lujah. Doch der Bindestrich ist kein unerwünschtes EDV-Produkt, sondern ein wesentlicher Teil eines „Geburtstagsgrußes“: Das Logo Halles zu seinem 1200. Geburtstag! Es wird wohl jene Bundesbürger, die entlang von Main, Donau oder Rhein aufgewachsen sind, stark verwundern. Halle assoziierten sie bisher mit Tennis und einem kleinen westfälischen Städtchen gleichen Namens. Für Musikfreunde hingegen ist die Gedankenkette Halle – Händel – Hallelujah so logisch wie das Logo (leicht veränderter Schriftzug Händels aus „Messias“)! Pietisten haben August Herrmann Francke im Blickfeld, und wenn man die nach ihm benannten Stiftungen heute sieht, darf

man auch ein kräftiges Hallelujah ausbringen.

Da wir heutzutage mit unserem EAK-Brief auch im Internet zu finden sind, will ich diejenigen nicht vergessen, die sich unter Hallelujah nicht viel vorstellen können und auf ein Lexikon zurückgreifen

che Übersetzung: *Preis set Gott!*

Doch da kommt für die meisten Heutigen gleich die Frage: Was ist preisen? Nicht besser geht es denen, in deren Lexikon vielleicht noch Lob steht; was kann man denn heute noch loben? Dass ich anderer Ansicht bin, können Sie sich wahrscheinlich denken und daher möchte ich den Designern Matthias Behne/Friedrich Lux ([www.behnelux.de](http://www.behnelux.de)), die die Idee zu diesem Logo hatten danken (oh je, schon wieder so ein ausgedientes Wort!).

Die beiden größten Städte Sachsens-Anhalts haben fast zeitgleich ihrer ersten urkundlichen Erwähnung vor 1200 Jahren gedacht. Was da an geschichtlichen Hell- und Dunkelzonen auftaucht, soll man da noch Hallelujah ausrufen? Ich denke trotz allem ja! Einfach weil es so viele Lichtpunkte gibt (Lesen Sie z.B. den Beitrag über A.H. Francke).

Man dürfte beim Blick auf das Alter der Städte Sachsens-Anhalts natürlich Aschersleben (753) als erste urkundlich erwähnte Stadt nicht vergessen - und Quedlin-

## Halle-lujah



müssten, dort lesen sie: Halleluja ist die deutsche Übertragung des hebräischen *halelu-jáh*, das sich aus *halal* (preisen, verherrlichen, ausrufen) und *jah*, der Kurzform von *jahwe*, zusammensetzt. Wörtli-

### In dieser Ausgabe:

Andacht zu Pfingsten 2-3

August Hermann Francke - er vertraute Gott 3-7

Zur Gründung einer 'anhaltischen Landschaft' 7-9

Zum Umgang mit rechtsextremen Parteien 10

Interviewreihe: Das 'C' in der CDU 11-12

Meldungen aus der Landespolitik 12

Neuer Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinschaft 13-14

## Editorial Fortsetzung von Seite 1



© Dorothea Wenzel

burg, es existierte wahrscheinlich auch langst vor 922 und schließlich gehörte es mit Magdeburg, Mainz und Köln zu den vier größten deutschen Städten im Mittelalter.

Ich denke, dass mit dem Logo ein Zeichen gegen das fatale Bild des „Jammer-Ossi in der Platte“ gesetzt wurde. Das heißt nicht, dass ich die Probleme des massenhaften

Arbeitsplatzverlustes in Sachsen-Anhalt klein reden will, es heißt hingegen, dass neue Arbeitsplätze gewinnbar sind. (Man denke nur an die riesigen Touristenströme, die die bayerischen Schlosser anziehen.) Denn wenn die gewaltigen historischen bzw. Kunstschatze unseres Landes erst einmal in das Bewusstsein aller unserer Landsleute gekommen sind, können sie

vielleicht schon in Begleitung mit der neuen Domorgel in Magdeburg ein Halleluja singen. Das wünsche ich mir für unser Land, aber zunächst ein von Herzen kommendes Halleluja für die Kulturhauptstadt Sachsen-Anhalts Halle.

Ihr  
Wolfgang Löw

## Andacht zu Pfingsten

„Wir aber haben nicht erfahren den Geist der Welt, sondern den Geist aus Gott.“

„Wir aber haben nicht empfangen den Geist der Welt, sondern den Geist aus Gott, dass wir wissen können, was uns von Gott geschenkt ist.“ (1 Kor 2, 12)

Mit dem Pfingstfest können eine ganze Reihe von Menschen nicht so furchtbar viel anfangen. Und das durchaus nicht nur hier im Osten, und das auch nicht etwa nur außerhalb der Kirchen. Weihnachten, da kann man sich etwas vorstellen. Karfreitag und Ostern, da ist schon irgendwie deutlich, worum es geht. Aber Pfingsten? Viele freuen sich deswegen über das verlängerte Wochenende, ohne mit seinem Grund irgend etwas anfangen zu können.

Verschiedentlich hat diese Unsicherheit dazu geführt, von Pfingsten als dem Geburtstag der Kirche zu sprechen. Und das ist natürlich auch nicht falsch.

Zu Pfingsten feiern wir das Fest der Begeisterung der Junger Jesu. Gottes Geist setzt Menschen in Bewegung, befreit sie aus

Sprachlosigkeit und Vereinzelung, ermöglicht Verständigung über bestehende Grenzen hinweg. Gottes Geist bringt Menschen zueinander. Diese Bewegung zueinander, die Befreiung aus dem Wirken des Geistes heraus, sie ist in der Tat konstitutiv für die Kirche. Auch heute.

Auch nach zweitausend Jahren sind wir darauf angewiesen, dass Gottes Geist uns in Bewegung setzt. Dass er uns aus Sprachlosigkeit und Isolation befreit zum Zeugnis in der Welt.

An dem Pfingstwort aus dem 1. Korintherbrief beeindruckt mich, dass die Junger Jesu, und damit ja auch wir, durchaus nicht nur als die von Hause aus Passiven und Verzagten angesprochen werden, sondern vielmehr als Beschenkte, die auch etwas anzufangen wissen mit dem, was ihnen da als neue Lebensperspektive eröffnet ist.

Gewiss, aus Gottes Geist sind wir befreit aus Isolation und der Perspektivlosigkeit eigener Exis-

tenz. Gewiss, aus Gottes Geist sind wir bereit, in und mit unserem Leben Zeugnis zu geben von Gottes Gegenwart mitten in der Welt.

Pfingstlich leben, das meint für uns darum aber gerade nicht, zurückzulehnen darauf zu warten, dass der Geist Gottes uns wie die ersten Junger aus aller Lethargie erweckt und in Bewegung bringt. Pfingstlich leben, das heißt für uns die Vergewärtigung der Tatsache, dass wir bereits Beschenkte sind. Dass Gott uns bereits in Bewegung gesetzt hat.

Pfingsten heute, das ist für uns nicht nur die Zusage des Gottesgeistes. Pfingsten heute, das rührt uns auch bei unserer Verantwortung als Beschenkte. Pfingsten heute, das erinnert uns daran, dass es eben nicht der Geist der Welt ist, der unser Handeln treibt und treiben soll, sondern dass wir als Beschenkte Gottes mit einem anderen Horizont leben und auch handeln in der Welt.

In dieser Gewissheit kon-

## Andacht zu Pfingsten Fortsetzung von Seite 2

nen wir von Themen reden, die andere leicht verstummen lassen. Wir können Aufbrüche wagen, wo Situationen heillos verfahren scheinen. Und manchmal gegen allen Augenschein dürfen wir vertrauen, dass Gottes Geist gegenwärtig ist in dieser Welt, die zu gestalten wir herausgerufen sind.

Die Frage, ob das nicht doch ein allzu steiles Selbstvertrauen ist, die müssen wir uns freilich gefallen lassen. Prüfkriterium bleibt, ob unser Selbstvertrauen nicht im eigentlichen Sinne Gottes vertrauen ist. Nicht aus uns heraus sollen wir leben und handeln, sondern aus dem Vertrauen auf ihn heraus. Er hat

uns aus aller Lethargie befreit, dass wir in der Welt zu Zeugen seiner Gegenwart werden. Wir aber haben nicht empfangen den Geist der Welt, sondern den Geist aus Gott, dass wir wissen können, was uns von Gott geschenkt ist.“

OKR  
Albrecht Steinhäuser

## August Hermann Francke – er vertraute Gott

1200 Jahre Halle (Saale) sind in diesem Jahr Anlass, auf vielfältige Weise die Stadt, ihre Geschichte und Persönlichkeiten in den Blick zu nehmen. Ein Name ist für die meisten in nah und fern mit Halle verbunden: August Hermann Francke (1663 bis 1727) und die nach ihm benannten Stiftungen.

„August Hermann Francke – er vertraute Gott“. So steht es auf dem von Christian David Rauch anlässlich des 100sten Todestages August Hermann Franckes geschaffenen Denkmal, das ihn mit zwei Waisenkindern zeigt. Besser kann man nicht zusammenfassen, was ihn führte und trug. Bis heute fasziniert die Lebensleistung dieses von tiefer pietistischer Frömmigkeit geprägten Mannes, der ebenso nachhaltig als Theologe, Pädagoge und Unternehmer wirkte und ab 1695 in wenigen Jahren ein einzigartiges Sozialwerk schuf. Im heutigen Neudeutsch wurde er wohl auch als „Manager“ und „Marketingstrategie“ bezeichnet werden. Als er 1727 starb, gehörten neben Waisen- und Pensionsanstalten, deutschen

und lateinischen Schulen, dem Pädagogium für Kinder von Adel und reichen Bürgern, der Bibliothek, der Missionsanstalt, der Bibelanstalt und dem Naturalienkabinett die erwerbenden Betriebe, wie Apotheke, Buchhandlung, Buchdruckerei, landwirtschaftliche Betriebe, Plantagen und Güter zu den „Glauchaschen Anstalten“, wie er sie nannte. Mehr als 2200 Schüler, darunter 134 Waisenkinder, hatten je nach Begabung Möglichkeiten von einer einfachen Schule bis zur besten Ausbildung der damaligen Zeit. Letztere stand auch armen Kindern offen, wenn sie durch Begabung und Fleiß auffielen.

Dabei war die Ausgangslage nach menschlichem Ermessen aussichtslos. Der 29jährige Theologe August Hermann Francke hatte bereits an den Universitäten Leipzig und Erfurt jeweils wegen seiner vehement vorgebrachten theologischen Ansichten den Lehrauftrag verloren. Andererseits hatten die dem vorausgegangenen Auseinandersetzungen natürlich Aufmerksamkeit erzeugt. Erst 1680 war das

ehemalige Erzbistum Magdeburg, zu dem die Stadt Halle gehörte, Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg zugefallen. Er versuchte, die durch 30jährigen Krieg, Pest und Großbrand wirtschaftlich danieder liegende Stadt zu stärken. So wollte er der frisch gegründeten Universität dadurch zu Aufmerksamkeit verhelfen, dass er Professoren berief, die anderswo bereits für Aufsehen gesorgt hatten. Mit Christian Thomasmus und Christian Wolff hatte er bereits zwei streitbare Männer an seine Universität Halle geholt und nun kam Francke als Professor für Theologie und orientalische Sprachen dazu. Um ihm sein Auskommen zu gewährleisten, bekam er noch die Pfarrstelle in der Vorstadt Glaucha. Auch hier kollidiert Francke schnell mit der lutherischen Orthodoxie vor Ort. Seine später als „hallescher Pietismus“ bekannte gewordene Ausrichtung, die er in enger Zusammenarbeit mit Phillip Jakob Spener entwickelte, äußerte sich etwa so: „Die Armut ist ein Schandfleck unseres Christentums“ (Spener, Pia desideria) und führte

„Im heutigen Neudeutsch würde er wohl als ‚Manager‘ oder ‚Marketingstrategie‘ bezeichnet werden.“

August Hermann Francke – er...

Fortsetzung von Seite 3

dies auf mangelnde Frömmigkeit der Christen zurück. Seiner Meinung nach war es erforderlich, Luthers Reformen starker im Alltag umzusetzen und gewohnheitsmäßiges Christentum durch unerschütterliches Gottvertrauen und tätige Nächstenliebe zu ersetzen.

Die Vorstadt Glaucha war gewissermaßen das Amosviertel von Halle. Jeder Einwohner hatte das Recht, Schnaps zu brennen und auszuschütten. Verwahrlosung und Armut beherrschten das Straßenbild. Hier setzte Franckes Plan an: Kindern eine Ausbildung ermöglichen als Grundlage für ihren späteren Lebensunterhalt. Die Kinder verbessern und dadurch allmählich die ganze Welt. Er wurde nicht müde, seinen Glauben so in praktisches Handeln umzusetzen. Er fing dann 1694 im Pfarrhaus mit einer Armenspeisung an, verbunden mit ein wenig Unterweisung für die Kinder, die Erwachsenen konnten zuhören. Im Frühjahr 1695 begann er, im Pfarrhaus Schüler zu unterrichten. Nach kurzer Zeit waren es über 50 Jungen und Mädchen, es entwickelte sich je eine Burgerschule für Jungen und Mädchen und ein Waisenhaus – alles ohne eigene Gebäude! Dann ging es rasant vorwärts: Eines Tages fand er in der Kollekte die berühmten 4 Taler und 16 Groschen, in seinen Augen ein Zeichen und das „Grundkapital“ für seine Bauvorhaben. Waisenhaus und Schulen wurden gebaut. 1697 nahm bereits die Latina (also eine höhere Schule) ihren Betrieb auf. Das alles kostete viel Geld. So gründete

er im selben Jahr noch eine Apotheke und den Verlag des Waisenhauses. August Hermann Francke predigte ein grenzenloses Gottvertrauen und ein tätiges Christentum. Aber er war kein verschrobener religiöser Schwärmer, sondern handelte und war durchaus geschäftstüchtig. Ein kleines Beispiel:



August Hermann Francke (1663–1727)

Die Apotheke, ursprünglich für Eigenbedarf und Versorgung der Umgebung mit günstigen Arzneimitteln gedacht, versandte bald weltweit Medikamente. Seinen Goldtropfen war ein Schreiben beigefügt, in dem er auf seine Schulen und das Waisenhaus verwies. An deren blühender Entwicklung konnte jeder den offenkundigen Segen Gottes, der auf dem Werk ruhe, sehen. So konnte man auch bei den Medikamenten von diesem Segen ausgehen. Genauso scheute er sich nicht, von reichen Eltern für den Besuch ihrer Kinder im Pädagogium ein besonders hohes Schulgeld zu nehmen und mit dem Überschuss die Armenschulen zu stützen. Studenten der Universität gewährte er einen Freitisch. Ganz frei freilich nicht. Es gehörte zu

seinen Überzeugungen, dass man für seinen Unterhalt arbeiten müsse. Also wurden sie als Gegenleistung zu Unterricht oder Aufsicht im Waisenhaus herangezogen.

Den Start seines Werkes – die genannten 4 Taler – sah er als Gottes Fügung und Auftrag. Aber er sah sich nun auch verpflichtet, alles ihm mögliche zu tun, dieses Werk voranzubringen. So verstand er tätiges Christentum und dies prägt den halleischen Pietismus. Rasch gewann er die Unterstützung der Obrigkeit. Kurfürst Friedrich III. erteilte schon 1698 ein Gründungsprivileg mit juristischen und steuerlichen Sonderrechten. Auch Geld- und Sachzuwendungen kamen vom Kurfürsten. Jede Kirche in der preußischen Provinz Sachsen hatte jährlich einen Reichstaler an die Anstalten abzuführen. Auch bei dem Nachfolger König Friedrich Wilhelm I., dem Soldatenkönig, genoss August Hermann Francke nach anfänglichem Misstrauen bald große Wertschätzung. Die gediegene Ausbildung und die Erziehungsziele Franckes deckten sich mit den Erwartungen des Königs an seine Beamten. Christlicher Lebenswandel, Treue gegen Gott und die Obrigkeit, Fleiß und Pflichterfüllung gehören entscheidend zu dem, was gern auch je nach Einstellung als preußische Tugenden geschätzt oder verspottet wird.

Eine dritte Finanzierungsquelle erschloss sich August Hermann Francke und er pflegte sie mit dem ihm eigenen Fleiß. Er sammelte Spenden buchstäblich in aller Welt. Vor

„Es gehörte zu seinen Überzeugungen, dass man für seinen Unterhalt arbeiten müsse.“

August Hermann Francke – er...

Fortsetzung von Seite 4

allem die erfolgreichen Schulen waren über die Absolventen eine beispiellose Werbung. Francke blieb mit vielen in brieflichem Kontakt. Die mit dem dänischen Königshaus begründete Missionsanstalt führte zu weit reichenden Kontakten (und wieder zu umfassender, von Francke persönlich erledigter, Korrespondenz!). Bartholomäus Ziegenbalg und die Mission in Indien seien hier nur erwähnt. Der Briefwechsel mit Einzelspendern kam dazu. Allein 1698 kamen Spenden von knapp 18 000 Talern ein; das entsprach dem Kaufwert von 20 (!) Bauernhöfen. Doch damit nicht genug. So bat er in seinen Briefen gleichzeitig, ihm interessante ungewöhnliche oder auch ganz alltägliche Dinge aus fremden Ländern gegen Erstattung der Transportkosten zu schicken. So entstand allmählich die Kunst- und Naturalienkammer und erweiterte sich ständig. Francke war nicht er selbst, wenn er nicht zu Beginn seinen König gebeten hatte, dessen eigene Raritätensammlung nach Doppelstücken zu durchforsten und ihm diese zu überlassen – der Grundstock war gelegt. Bald war seine Sammlung so umfangreich und berühmt, dass er öffentliche Führungen veranstalten ließ (gegen Bezahlung versteht sich) und mancher Besucher fühlte sich seinerseits angeregt, der Sammlung Stücke zu überlassen. Der eigentliche Zweck der Sammlung war allerdings der Einsatz im Unterricht. Francke ging es um die Anschauung, das Begreifen im wortlichen

Sinne. Naturkunde, Geographie erhielten so eine neue Qualität in seinen Schulen und ergänzten sich mit der praktischen Arbeit, zu der er seine Schüler heranzog. Selbst heute noch sehr moderne Unterrichtsprinzipien.

Francke konnte noch erleben, wie aus bescheidensten Anfängen eine blühende Schulstadt, die sich durch die Wirtschaftsbetriebe teils selbst versorgen konnte, ein richtiges Gemeinwesen, gewissermaßen ein Staat im Staate geworden war. Seine Schulen galten als mustergültig und Francke arbeitete bewusst darauf hin, seine pädagogischen Vorstellungen und die pietistische Glaubenshaltung zu verbreiten. Seine ehemaligen Schüler leisteten ihm dabei Hilfe. In seinem Sinne handelnde Lehrer und Verwaltungsbeamte waren in Preußen bald prägend und auch über Preußen hinaus oft einflussreich. Dies war nicht immer spannungsfrei, die Aufklärung hatte – zumindest weltanschaulich – andere Vorstellungen. Die Auseinandersetzungen um das Magdeburger Schulwesen und Franckes Einflussnahme seien hier nur als Beispiel genannt oder auch Immanuel Kants Probleme mit der Kultusbehörde noch Jahrzehnte nach Franckes Tod. Wer kritisches sucht, konnte auch die aus heutiger Sicht strenge Erziehung (z. B. war Tanzen als „Lustbarkeit“ den Zöglingen verboten) nennen. Der Tag begann 5.45 Uhr mit dem Wecken und erst gegen 22.00 Uhr war Nachtruhe. Dieser lange Tag umfasste mehrmals An-

dacht, sehr viel Unterricht und organisiertes Lernen und kaum Zeit zum Spielen. Doch das schmälert nicht die Lebensleistung August Hermann Franckes. Sein Werk lebte fort und überlebte sogar die DDR. Allerdings gewissermaßen mit letzter Kraft, was die Gebäude anging. Nach 1945 war die Rechtspersönlichkeit der Franckeschen Stiftungen aufgehoben und die ausgedehnten Landereien enteignet worden. Die Gebäude wurden überwiegend von der Universität für pädagogische Lehrveranstaltungen genutzt. Auch Schulen und eine Kindereinrichtung blieben auf dem Gelände. Im Bewusstsein der Hallenser blieb der Komplex aber weiterhin die „Franckeschen Stiftungen“. Die Fassade (!) des Hauptgebäudes wurde einigermaßen in Ordnung gehalten und über dem Portal prangte auch in der DDR der von Francke gewählte Spruch „Die auf den Herrn harren, kriegen neue Kraft, dass sie auffahren mit Flügeln wie Adler“ (Jes. 40,31).

Genau so kam es dann mit der Wende. Ein volliger Neubeginn und ein unerwarteter Aufschwung. Er ist ganz wesentlich mit Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Paul Raabe, dem früheren Direktor der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel, zu danken. Unbeirrbar hielt er an der Idee fest, die Franckeschen Stiftungen müssen gerettet werden. Seine Vision, seine Kontakte, seine nicht ermüdende Beharrlichkeit führten schon bald zu ersten sichtbaren Ergebnissen. Wieder entstehen sollte eine lebendige Stif-



Denkmal für August Hermann Francke in Halle.

„Bald war seine Sammlung so umfangreich und berühmt, dass er öffentliche Führungen veranstalten ließ.“

August Hermann Francke – er... Fortsetzung von Seite 5

lung, die anknüpft an den Gründer, kein Museum, sondern Schulstadt und universitäre Einrichtungen, kulturelle Angebote und moderne Tagungsstätte, Denkmalpflege und zeitgemäße Nutzung. Es fing an mit dem 1990 gegründeten Freundeskreis, zu dem sich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, ehemalige Schulerinnen und Schuler aus aller Welt, hallesche Bürger zusammenfanden. Mit dem Ziel, die Wiedereinsetzung der Rechtspersönlichkeit der Franckeschen Stiftungen im neuen Bundesland Sachsen-Anhalt zu erreichen, wurden ein Kuratorium und für die Koordinierung und Leitung der anlaufenden Sanierungsarbeiten und das Nutzungskonzept ein Direktorium gebildet. In beiden Gremien kam die gemeinsame Verantwortung von evangelischer Kirche, Universität und Stadt, aber auch Land und Bund durch die Besetzung zum Ausdruck. Für das Kuratorium seien neben dem Bischof der Kirchenprovinz Sachsen und dem der EKD nur stellvertretend der damalige Außenminister und ehem. Hallenser Hans-Dietrich Genscher genannt. Prof. Raabe gelang es im Folgenden immer wieder, Ideen und Projekte in das Werk einzufügen, Fordertöpfe zu erschließen und Entscheidungsträger mit seiner Begeisterung anzustecken. Wie zu Zeiten des Anfangs mit August Hermann Francke war da eine große Idee, eine Berufung, aber nach menschlichem Ermessen wenig Aussicht, auch nur Teile davon in absehbarer Zeit zu verwirklichen.

Und wie bei August Hermann Francke ging es doch. So fanden sich Mitstreiter; der Architekt Ziegemeier sei als Beispiel genannt, der immer wieder die Losung zwischen Denkmalpflege, die für ihn höchste Priorität hat, und modernen Nutzungsanforderungen zu finden verstand. Es taten sich juristische Möglichkeiten auf: die Einrichtung als rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts durch Beschluss des Landes vom Juli 1993. Und nicht zuletzt ging es irgendwie auch finanziell weiter, oft im letzten Moment: finanzielle Zuwendungen von Bund, Land und Stadt aber eben falls wie zu Franckes Zeiten – auch Spenden von Privatpersonen; neben unglaublich vielen kleinen und großen Spenden sogar sechs, ja siebenstelligen Beträge (von einzelnen Personen!). Mehr als einmal passierte es deshalb, dass Kuratoriumsmitglieder, die ja nicht ständig mit Prof. Raabe zu tun hatten, ihn mit „Prof. Francke“ ansprachen. Überzeugender kann man den Respekt vor seiner Leistung wohl kaum zum Ausdruck bringen.

Nur wenige Jahre nach dem Neuanfang gehören zu den Franckeschen Stiftungen neben ihren eigenen Einrichtungen noch die von verschiedenen Trägern vorgehaltenen Institutionen. Allein die einfache Aufzählung einer Auswahl ist ein druckvolles Zeugnis dafür, die Franckeschen Stiftungen leben: Landesgymnasium „Latina“, Grund- und Sekundarschule „August Hermann Francke“, Stadtsingechor, Reformschule Maria Mon-

lessori, Pensionsanstalt, Kindertagesstätten, Sammlungen und Ausstellungen des Historischen Waisenhauses mit Naturalienkabinett, Hauptbibliothek und Archiv, evangelisches Konvikt, Canstein Bibelzentrum, russisch-orthodoxe Hauskirche, der Fachbereich Erziehungswissenschaften und die theologische Fakultät der Universität, das interdisziplinäre Zentrum für Pietismusforschung und Erforschung der europäischen Aufklärung, die Waisenhausapotheke, die Waisenhausbuchhandlung, die Union Druck Halle GmbH und, und ... Klingt diese Aufzählung nicht ähnlich wie zu Anfang des Artikels? Aber eben nur ähnlich: Anknüpfend an die Tradition und den christlichen Geist August Hermann Franckes, die die Stiftungen auch heute prägen, sind sie hinein genommen in unsere Zeit. Wie damals gehören sie zu Halle und strahlen aus in die Stadt.

Eine kleine Episode am Schluss möge anschaulich machen, was oben zu den Bildungschancen auch für arme Kinder, die Franckes Ziel waren, gesagt wurde: Als wir 1998 von Halle nach Colbitz, einem Dorf in der Colbitz-Letzlinger Heide nördlich von Magdeburg zogen, sprach mich wenige Tage später eine Frau aus der Gemeinde auf A. H. Francke an. Wir kamen doch aus Halle und ob ich vielleicht dort etwas mit den Franckeschen Stiftungen zu tun gehabt hatte. Denn: der berühmteste Colbitzer ist nämlich Johann Heinrich Schulze (1687 - 1744). In einem armen Elternhaus lebend, war er in Colbitz

August Hermann Francke – er... Fortsetzung von Seite 6

nie aus seinem Umfeld herausgekommen. Der Pfarrer des Ortes, ein Verwandter August Hermann Franckes, erkannte aber die Begabungen des Jungen und dank seiner Vermittlung wurde er in die Stiftungen aufgenommen und hat es dort über die Lateinschule bis zum Studium gebracht. Er bekam eine Professur in Halle, später dann in Altdorf bei Nürnberg. Er gilt als einer der letzten Universalgelehrten. Bekannt wurde er durch die Entdeckung der

Lichtempfindlichkeit der Silber Salze und hat damit Grundlagen für die Entwicklung der Photographie gelegt. So schnell und so eindrucksvoll von August Hermann Francke im neuen Zuhause eingeholt zu werden, hatte ich mir nicht träumen lassen.

**Karl-Martin Kuntze**  
(1991 - 1996 Mitglied im Direktorium der Franckeschen Stiftungen)

#### Literaturhinweise:

Satzung der Franckeschen Stiftungen zu Halle (Fassung v. 22.10.1992)

Jahresprogramme der Franckeschen Stiftungen

Dr. Th. Müller / G. Theato: Die Franckeschen Stiftungen mit ihrer Kunst- und Naturalienkammer



Hauptgebäude und Bibliothek der Franckeschen Stiftungen.

## Zur Gründung einer ‚anhaltischen Landschaft‘

Die Region Anhalt ist ein zentraler Identitätsstifter in unserem Bundesland Sachsen-Anhalt. Sie ist in seinem Wappen präsent, wird in der Verfassung erwähnt – und auch sonst wird der aufmerksame Beobachter hier viel „Anhaltisches“ entdecken können: Fleischereien, Museen, Theater, Verbände, Sport- und Heimatvereine, auch unsere evangelische Landeskirche bezeichnen sich als „anhaltisch“. Man konnte also den Eindruck gewinnen, dass „Anhalt lebt“.

Doch die Verwaltungsreform in Sachsen-Anhalt, die Aufhebung der Regierungsbezirke und schließlich die Kreisgebietsreform haben dazu geführt, dass die Mittelregion Anhalt in der Verfassungs- und Verwaltungsstruktur unseres Bundeslandes wohl nicht mehr vorkommen wird. Sie droht in einer Polarität zwischen den Regionen um Magdeburg und Halle zu verschwinden. In diesem Zusammenhang mochte ich nachdrücklich

für die Idee einer „Landschaft Anhalt“ werben, die schon vor einigen Jahren geboren wurde – noch bevor die jetzigen Ergebnisse der Kreisgebietsreform sich abzeichneten. Für eine solche Landschaft gibt es gute Gründe und Hintergründe, die ich im Folgenden darlegen möchte.

Regionen – kleine ebenso wie große – spielen im Zuge der europäischen Einigung eine immer wichtigere Rolle. Es gibt wichtige kulturelle und geschichtliche Prägungen in Anhalt, das sich in seinem territorialen Bestand seit rund 800 Jahren kaum verändert hat. Das Gebiet des Fürstentums, späteren Herzogtums, des deutschen Bundes bzw. Reichslandes, des bis 1945 bestehenden Freistaates Anhalt stellt sich heute nur noch in den Grenzen der Evangelischen Landeskirche Anhalts dar. Natürlich gibt es den verdientvollen „Anhaltischen Heimatbund“, den „Verein für anhaltische Landeskun-

de“, den Museumsverband „Gemeinsam sind wir Anhalt“. Aber meines Erachtens reicht das nicht.

Wir brauchen die öffentliche Repräsentanz für die Region Anhalt auch in der Struktur unseres Bundeslandes. Diese Repräsentanz soll den Bürgerinnen und Bürgern zeigen können, worum es bei der Kulturlandschaft Anhalt geht, sie soll Beteiligungsmöglichkeiten für sie eröffnen. Unsere Region braucht die Vergewisserung in ihrer Identität nicht „gegen“ andere Regionen Mitteldeutschlands, sondern mit ihnen. Anhalt konnte vielleicht bei diesem Prozess so etwas wie ein Modellprojekt sein. Dafür muss es sich aber selbst definieren und darstellen können.

Dabei gehört es gerade zum Wesen Anhalts, dass es sich „nicht in selbstgenügsamer Singularität“ (Prof. Luck), sondern in Weltoffenheit und Beteiligungsvielfalt dar-

„Und nicht zuletzt ging es irgendwie auch finanziell weiter, oft unerwartet, oft im letzten Moment.“

„Die Region Anhalt ist ein zentraler Identitätsstifter in Sachsen-Anhalt.“

## Zur Gründung einer „anhaltischen...“ Fortsetzung von Seite 7



Autor dieses Beitrags:  
Helge Klassohn,  
Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalts

„Es ist für uns lebenswichtig, dass Kultur, Profil und Identität unserer Region gepflegt werden.“

stellt. Die Menschen hier wollen ihre Region, in der sie gern leben, als Heimat erkennen. Die Kulturinstitutionen brauchen ihrerseits für den Austausch mit anderen einen eigenen „Rahmen“ bis hin zur Gestaltung der Kulturforderung. „Gemeinsam sind wir Anhalt“ - der Museumsverbund unter diesem Slogan ist ein wunderbares Beispiel für die Wirksamkeit einer solchen Zusammenarbeit. Kultur gehört zu den „Standortvorteilen“ unserer Region - und sie braucht die Darstellung und Pflege dieses Standortvorteils. Nicht zuletzt geht es darum, dass Menschen der mittleren und jüngeren Generation nicht von hier abwandern, weil sie sich mit der Region Anhalt identifizieren, weil sie gebraucht werden und weil es ihnen Freude macht, hier zu leben. Es ist für uns lebensnotwendig, dass Kultur, Profil und Identität unserer Region gepflegt werden, auch um Zuwanderung, wirtschaftliche Entwicklung und Attraktivität zu fördern.

Wir brauchen dafür einen demokratisch legitimierten institutionellen und strukturellen „Rahmen“, eine Plattform für die Zusammenarbeit im Interesse der Region Anhalt, ohne dass sich die anhaltischen Belange im politischen Streit verlieren. Wir brauchen den ehrenamtlichen Einsatz und gut funktionierende Institutionen für die Pflege des anhaltischen Erbes genauso wie für die Förderung zukunftsfähiger kultureller Projekte. Wir brauchen keine ausufernde Bürokratie, keine komplizierten Gremien, wohl aber eine „Gestalt“ für

das gesamte Anhalt, einen effektiven, für die Arbeit passenden institutionellen Rahmen für das Gebiet von Guntersberge/Harz bis Senst/Fläming. Wir brauchen auch nichts Teures, sondern der anhaltischen Tradition der Sparsamkeit folgend etwas Schlichtes und doch Gefälliges, etwas Eigenes und doch für andere Zugängliches, etwas Selbständiges, aber nicht etwas, das sich in provinzieller Selbstgenügsamkeit gefallt. Kurz: *Wir brauchen eine „anhaltische Landschaft“!*

„Landschaften“ gab es auch schon vor 1945 im Osten Deutschlands, und zwar immer dort, wo früher selbständige Gebiete in größeren Einheiten aufgegangen waren. Solche Landschaften, Landschaftsverbände oder Bezirksverbände gibt es heute in Niedersachsen (z.B. Landschaft Oldenburg, Landschaft Ostfriesland), in Nordrhein-Westfalen (z.B. Landesverband Lippe) oder in Rheinland-Pfalz (als Bezirksverbände). Sie sorgen für die finanzielle Kulturförderung im Auftrag der Landesregierungen, für Theater und Museen, Bibliotheken und Archive, geben Publikationen heraus, haben Büros, veranstalten Landesfeste, pflegen Mundarten, Heimatbrauche und vieles mehr.

Und wenn wir so viel kulturelle Schätze gerade in unserer Region aufzuweisen haben, warum sollte es uns nicht gelingen, auch junge Leute durch Beteiligung an Verantwortung, durch die Inanspruchnahme ihrer Einsatzbereitschaft für die Pflege, Bewahrung

und Weitergabe dieser Schätze zu gewinnen? Hier bote die Struktur einer „Landschaft“ mit ihrer Beteiligungsmöglichkeit und ihren Identifikationsangeboten manche Hilfe. Der Erfolg der „Landschaft Oldenburg“ / Niedersachsen ist ein Beleg dafür.

Der niedersächsische Landtag hatte mit Gesetz vom 27. Mai 1974 diese Landschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechtes begründet. In § 2 des Gesetzes heißt es über die Aufgabe der Landschaft, dass sie „an der Pflege und Förderung der kulturellen und historischen Belange des ehemaligen Landes Oldenburg mitzuwirken“ habe. „Sie pflegt das Kulturgut und fördert das kulturelle Schaffen in diesem Landesteil“. Nach § 3 sind die Mitglieder der oldenburgischen Landschaft die oldenburgischen Landkreise, die kreisfreien Städte, Gemeinden sowie andere juristische Personen des öffentlichen Rechtes, die der oldenburgischen Landschaft als Mitglieder beitreten. Organe der oldenburgischen Landschaft sind die Landschaftsversammlung, der Vorstand und der Geschäftsführer. Die Finanzen werden durch Landeszuschüsse, Umlagen und Beiträge bestritten.

Ich sehe in einer „anhaltischen Landschaft“ durchaus keine Behinderungen für die schon arbeitenden Wirtschaftsregionen. Regionalplanungsforen und Tourismusregionen und auch keine Konkurrenz oder Behinderung für die Kreisgebietsreform oder die Bildung eines Regio-

## Zur Gründung einer „anhaltischen...“ Fortsetzung von S. 8

nalkreis Anhalt. Immer wieder habe ich darüber mit Mitgliedern der früheren und auch der jetzigen Landesregierung darüber gesprochen und bin auf vielfache Zustimmung für eine Landschaft Anhalt gestoßen. Ein erstes Gespräch zum Thema „Landschaft“ mit Landräten und Bürgermeistern unserer Region hat im Februar 2003 in Worlitz stattgefunden. Ein erster Entwurf für die Satzung einer anhaltischen Landschaft wurde durch eine Arbeitsgruppe des anhaltischen Heimatbundes erstellt. Ein Informationsabend mit dem Direktor der Landschaft Oldenburg fand ebenfalls schon statt.

Bei den Gesprächen mit den Landräten und Bürgermeistern waren einige Reserven gegenüber einer zu starken Institutionalisierung spürbar, wohl aber gab es Sympathie für die gemeinsame Kultur- und Heimatarbeit im Sinne einer

„Kulturlandschaft“. Keinesfalls sollte man dieses Vorhaben irgend jemandem „überstulpen“. Aber ohne die Bereitschaft der Landesregierung und des Landtages, die Dinge zu fordern, und ohne die Bereitschaft der unmittelbar Beteiligten (insbesondere von Dessau, der anhaltischen Hauptstadt) wird es nicht gehen.

Der Entwurf des anhaltischen Heimatbundes für eine „Verordnung über eine anhaltische Landschaft“ sieht in der Kultur das „wichtigste einigende Band zwischen den einzelnen Gebieten Anhalts“ und im „Mittelpunkt der einzelnen Aufgaben“. Sie habe das „reiche kulturelle Erbe Anhalts zu pflegen“ und solle auch „auf den Feldern Heimatpflege und Heimatforschung, Geschichte und Volkskunde, Pflege der anhaltischen Mundart und des Brauchtums“ tätig sein. Zur anhaltischen Landschaft (§ 1) können laut Verordnungsentwurf ne-

ben den Gebieten des historischen Anhalts auch benachbarte Gebietskörperschaften gehören. Die Landschaft sei eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes, sei überparteilich und überkonfessionell. Ihre Aufgaben (§ 2) seien die Förderung der Heimatverbände, die Pflege der anhaltischen Mundart, die Erhaltung des Brauchtums, die Förderung der Museen, die Förderung der Kultur, die Förderung des Landschafts-, Natur- und Denkmalschutzes u.a.m.

Noch einmal möchte ich um Sympathie für dieses Vorhaben werben, halte es aber im Blick auf die sehr differenzierten Interessenlagen vor Ort für nötig, dass die Landespolitik dafür die Initiative ergreift.

**Kirchenpräsident  
Helge Klassohn,  
Evangelische  
Landeskirche Anhalts**

## Literaturtipp

Wer im Editorial (S. 2) von dem Bild aus der Petersberg-Kirche („behnelux gestaltung“) angeregt wurde, dem sei eine aktuelle Neuerscheinung empfohlen:

Grotschel, Peggy;  
Behne, Matthias;  
**Die Kirchen der Stadt Halle**  
1. Aufl. 2006  
Mitteldeutscher Verlag  
ISBN: 3-89812-352-9  
Preis: 14,90 Euro

aus dem Klappentext:

1 200 Jahre Halle bedeuten eine wohl ebenso lange christliche Geschichte. Kirchen und Kapellen prägten die Stadt und noch heute ist eine Kirche - die Marktkirche - Wahrzeichen von Halle. In dem Buch Die Kirchen der Stadt Halle wird die reiche Kultur- und Religionsgeschichte Halles anhand seiner Kirchen erzählt. Gleichzeitig ist die Publikation mit ihren zahlreichen Abbildungen ein klar gegliedertes Nachschlagewerk, das einen guten Überblick zu den Kirchen Halles bietet. Es ist ein Kirchenführer entstanden, der Einheimische sowie Touristen zum Besuch und Verweilen in den Gotteshäusern einladet.



St. Laurentius in Halle

## Zum Umgang mit rechtsextremistischen Parteien



Die CDU Sachsen-Anhalt hat eine „Arbeitsgruppe Extremismus“ gegründet.

„Wie können weitere rechtsextremistische Wahlerfolge verhindert werden?“

Die Frage des Umgangs mit rechtsextremen Parteien ist seit den frühen 1990er Jahren in Politik, Medien und interessierter Öffentlichkeit zum „Dauerbrenner“ geworden. Besondere Konjunktur erhielt das Thema durch die Erfolge von DVU, Republikanern und NPD bei Landtagswahlen, so u.a. 1992 in Baden-Württemberg, 1998 in Sachsen-Anhalt und 2004 in Sachsen. Spätestens seit der im Jahr 2000 einsetzenden Diskussion über einen NPD-Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht steht die Debatte über parteilich organisierte Extremisten in der wehrhaften Demokratie nicht mehr still.

Zwei Aspekte haben die Diskussion in den vergangenen Jahren geprägt. Zum Einen ging und geht es in Zusammenhang mit der NPD um die Erfolgsaussichten eines Parteienverbots und um mögliche Handlungsalternativen. Zum Anderen sind die ideologischen und soziokulturellen Wurzeln des Phänomens Rechtsextremismus in der bundesdeutschen Gesellschaft ein beständiger Gegenstand des öffentlichen Diskurses: Welche Faktoren haben rechtsextreme Parteien seit 1989 in 8 Landtage und unzählige Kommunalparlamente getragen? Welche Motive verfolgen die Mitglieder, Wähler und Sympathisanten dieser Parteien? Wie können weitere rechtsextreme Wahlerfolge verhindert werden - vor allem in Sachsen-Anhalt, wo die DVU bei der Landtagswahl 1998 fast 13 % der Zweitstimmen erringen konnte?

Und wie sollten die demokratischen Parteien im Wahlkampf und darüber hinaus mit organisierten Rechtsextremisten umgehen?

Dies sind einige der Fragen, die sich die Arbeitsgruppe Extremismus der CDU Sachsen-Anhalt stellt. Unter der Führung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Reiner Haseloff will das Gremium Strategien zur Abwehr politischer Extremisten von links und rechts entwickeln. Seit der Gründung im Jahr 2004 hat die Arbeitsgruppe vielfältige Annäherungen an die Thematik gefunden. So wurden, z.T. mit Beteiligung externer Sachverständiger, der Umgang der Medien mit extremistischen Parteien, bildungspolitische und sportpolitische Strategien gegen Intoleranz, Fremden- und Demokratiefeindlichkeit, die Rhetorik des Populismus und die Wahlkampfstrategie der DVU in Sachsen-Anhalt sowie zahlreiche weitere Themenbereiche erörtert. Aktuelle Ereignisse wie der rassistische Übergriff in Pommelte im Januar 2006 standen und stehen ebenso auf der Agenda der Arbeitsgruppe wie die eher langfristig angelegten Konzeptionen des sachsen-anhaltischen „Netzwerks für Demokratie und Toleranz“.

Zu einzelnen Aspekten haben die AG-Mitglieder konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet: Ein Handzettel informiert zum Thema Populismus und Extremismus und skizziert stichpunktartig Gegenstrategien. Dazu zählt, Anhänger und Sympathisanten extremistischer Parteien nicht zu isolieren und ihre Themen nicht zu tabuisieren. Statt dessen werben die Autoren für die engagierte inhaltliche Auseinandersetzung mit den jeweiligen Argumenten. Eine Stärkung des demokratischen Konsenses, Wertgebundenheit und Abwehrbereitschaft, tragen zur Sicherung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bei, so die Autoren. In einer speziellen Internetpräsenz will die AG Extremismus darüber hinaus zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit extremistischen Parteien beitragen und für die Positionen der Union in besonders sensiblen Politikfeldern werben. Erste Informationen können über einen Link auf der Homepage der CDU Sachsen-Anhalt bereits abgefragt werden.

Die Beratungen der AG Extremismus sollen auf Basis eigener Zielvorstellungen und konkreter Anlässe fortgeführt werden. Damit setzen wir als Christdemokraten ein zweifaches Signal. Parteintern bieten wir konkrete Unterstützung für unsere Mitglieder bzw. Amts- und Mandatsträger, die sich z.B. mit einem NPD-Vertreter im Kreistag auseinandersetzen müssen. Nach Außen hin machen wir deutlich, dass die CDU ein dringendes Problem in unserem Land aufgreift und ihrer Verantwortung für ein demokratisches, tolerantes Sachsen-Anhalt gerecht wird.

Jürgen Scharf MdL

## Interviewreihe: das ‚C‘ in der CDU

⊙ Was bedeutet für Sie das C in der CDU?

Das 'C' im Parteinamen der CDU ist Ausdruck der Grundungsidee unserer Partei: Nach der Katastrophe des Nationalsozialismus, den Grauel des Holocaust und dem Inferno des 2. Weltkrieges suchten die Grundungsvater und -mutter der CDU nach einer tragfähigen Grundlage für politische Verantwortung und nach einem wirksamen Schutz vor totalitären Ideologien. Sie wandten sich dabei bewusst den Wertorientierungen zu, die im christlichen Glauben wurzeln und brachten das im Namen der neuen Partei zum Ausdruck.

Dr. Christoph Bergner MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern

Insoweit ist das 'C' für mich Erinnerung an das Gründungsanliegen und damit an die eigentliche Identität unserer Partei. Das 'C' begründet keinen Alleinvertragsanspruch für christliches Selbstverständnis in der Politik. Christen gibt es in verschiedenen Parteien. Das 'C' ist aber zum Ausgangspunkt einer unverwechselbaren politischen Programmatik geworden, die sich bewusst auf das christliche Bild vom Menschen bezieht. Nach dem christlichen Menschenbild hat jeder Mensch eine eigene Würde, die es zu schützen und zu bewahren gilt. Das christliche Menschenbild sieht in jedem Menschen etwas Unvergleichbares („Ebenbild Gottes“), es sieht aber auch die Begrenztheit und Endlichkeit allen menschlichen Tuns. Das Wissen um die Erlösungs-



bedürftigkeit des Menschen bewahrt uns vor politischen Heilslehren und gibt der Leidenschaft in der Politik ein menschliches Maß.

⊙ Ist eine ‚Politik nach christlichem Maßstab‘ in einer säkularen staatlichen Ordnung überhaupt möglich?

5 Fragen an:

Dr. Christoph Bergner MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern

Sie ist möglich, die Frage wäre, ob sie immer mehrheitsfähig ist. Dabei gilt zu beachten, dass viele politischen Entscheidungsfragen reine Sachfragen sind, die man unabhängig von der eigenen Glaubensüberzeugung erörtern kann und entscheiden muss. Auch wenn Christen wie Nichtchristen das Beste für unsere Kinder wollen, kann man z. B. über die Höhe der staatlichen Forderung für Kindertagesstätten unabhängig von christlichen Überzeugungen trefflich streiten.

Oft wird sich zu vorschnell auf Gewissensentscheidungen berufen. Dort, wo es um wirkliche Gewissensfragen geht - etwa bei der Frage der Totung ungeborenen Lebens - sollten Christen auch keine Scheu haben, die Motive ihres Handelns gegenüber der säkularen Öffentlichkeit darzulegen. Das wird häufig akzeptiert - kann aber u. U. auch Wählerstimmen kosten.

⊙ Wie lösen Sie persönlich mögliche Konflikte zwischen Ihren Glaubensüberzeugungen und Forderungen, die an Sie als Politikerin herangetragen werden?

Ich kann mir in der Politik wie im normalen Leben den Grundsatz des Apostel Petrus zu Eigen machen: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“. Insofern sind die Konflikte eines Christen in der Politik nicht grundsätzlich anders als die, die er im normalen Leben zu bestehen hat. Die Auswirkungen seiner Entscheidungen sind nur in der Politik meist erheblicher.

⊙ Sollte die CDU in Sachsen-Anhalt mit dem ‚C‘ in ihrem Namen werben?

Sie tut es doch, indem sie sich zu dem Namen bekennt. Was ich mir nicht vorstellen möchte, ist eine Werbung die den Eindruck erweckt, wir CDU-Mandatsträger wären die christlicheren Politiker. Bekennen wir uns einfach zu unseren Wurzeln - das ist im politischen Wettbewerb völlig ausreichend.



Dr. Christoph Bergner MdB

„Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.“

Interviewreihe: das ‚C‘ in... Fortsetzung von S. 11

© *Wie wurden Sie in wenigen Worten Ihr Verhältnis zur evangelischen Kirche beschreiben?*

Ich bin evangelischer Christ und verdanke meiner Kirche sehr viel. Ich

hatte gerade in meiner politischen Arbeit aber auch Konflikte mit manchen ihrer Amtsträger, deren Kritik an meiner politischen Überzeugung ich gelegentlich etwas pharisaerhaft fand. Jeden-

falls haben wir uns gegenseitig nicht verstanden. Solche Konflikte sind aber in den letzten Jahren selten geworden. Darüber bin ich sehr froh.

## Meldungen aus der Landespolitik

### Werte bildender Unterricht ausgeweitet

In einer Regierungserklärung zur Schulpolitik in Sachsen-Anhalt konnte Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz im Januar neue Erfolge auf dem Weg zur flächendeckenden Erteilung des Werte bildenden Unterrichts verkünden. So wurde die Unterrichtsversorgung im Fach evangelische Religion an allgemein bildenden Schulen gegenüber dem Schuljahr 2004/05 um 3,6 Prozentpunkte auf nunmehr 15,6 % gesteigert. 73,1 % der Schüler besuchen den Ethikunterricht, was einer Steigerung um 20 Prozentpunkte entspricht. Auch der katholische Unterricht wird mit einem Anteil von 1 % (2004/05 0,9 %) besser besucht.

Noch weitaus deutlicher fällt der Aufwuchs beim Werte bildenden Unterricht im Vergleich zum ersten Schuljahr nach Olbertz' Amtsantritt aus (2002/2003): innerhalb von vier Jahren konnte der Anteil der Schüler, die den Ethik- oder evangelischen bzw. katholischen Religionsunterricht besuchen, um gut zwei Drittel gesteigert werden. An den Grundschulen kann das Ziel einer flächendeckenden Unter-

richtsversorgung in den Werte bildenden Fächern mit 98 % bereits als erreicht gelten. Aber auch an Sekundarschulen (88 %) und Gymnasien (84 %) rückt die Zielmarke immer näher.

### Koalitionsvertrag bleibt auf Kurs

Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD hält an dem Ziel eines flächendeckenden Werte bildenden Unterrichts an den Schulen in Sachsen-Anhalt fest. Wortlich heißt es in der Ende April geschlossenen Vereinbarung: "In der kommenden Legislaturperiode sollen Religions- und Ethikunterricht, die von qualifizierten Lehrkräften erteilt werden, an allen Schulformen durchgesetzt werden."

Weiterhin betont der Koalitionsvertrag die Bedeutung der Kirchen, auf die das Land angewiesen sei und denen als Teil einer aktiven Bürgergesellschaft, wie anderen nicht-staatlichen Organisationen, "Vorrang vor staatlichem Handeln" eingeräumt werden müsse.

### Olbertz erneut zum Kultusminister ernannt

Jan-Hendrik Olbertz bleibt als alter und neuer Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt zuständig für die Bereiche Kirchenangelegenheiten und Religionsunterricht. Am 24. April erhielt er als Mitglied der neuen schwarz-roten Landesregierung die Ernennungs-urkunde aus den Händen von Ministerpräsident Bohmer. Vor seiner erstmaligen Berufung im Jahr 2002 war Olbertz Direktor der Franckeschen Stiftungen in Halle.

Auch der für den Bereich Schule zuständige Staatssekretär Winfried Willems bleibt im Amt. Neuer Staatssekretär für den Bereich Wissenschaft und Forschung ist Valentin Gramlich, der zuletzt als Abteilungsleiter in der Staatskanzlei tätig war.

**Jürgen Scharf MdL**

## Neuer Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinschaft

Auf dem Gebiet unseres heutigen Landes Sachsen-Anhalt haben jahrhundertlang Menschen jüdischen Glaubens gelebt. Die baulichen Zeugen dieses jüdischen Lebens, die z. B. heute noch in Halberstadt oder Grobzig sichtbar sind, belegen eine reichhaltige und vielfältige Kultur in enger Interaktion mit der christlichen Umgebung. Dieses Leben wurde durch die nationalsozialistische Diktatur zerstört, ein Großteil der bei uns lebenden jüdischen Menschen grausam umgebracht. Daher war es für die Landesregierungen von Sachsen-Anhalt von Anfang an eine Verpflichtung, zum Aufbau eines lebendigen und vielseitigen jüdischen Lebens im Land Sachsen-Anhalt beizutragen. Dazu diente als Grundlage insbesondere der Vertrag, der im Jahr 1994 nach entsprechenden ausführlichen Verhandlungen mit der Jüdischen Gemeinschaft im Land Sachsen-Anhalt geschlossen wurde. Dieser Vertrag, der erste mit der jüdischen Gemeinschaft in den neuen Bundesländern, bildete die Grundlage für die Entwicklung jüdischen Gemeindelebens, zu denen nicht nur Selbstverständlichkeiten wie die Religionsfreiheit, sondern auch Feiertagsberücksichtigungen, Friedhofsfragen, etc. gehören. Inzwischen lebt in Sachsen-Anhalt wieder eine größere Zahl jüdischer Mitbürger, von denen ca. 1800 in den Gemeinden in Magdeburg, in zwei Gemeinden in Halle/Saale und Dessau in religiöser Hinsicht organisiert sind. Das Leben der jüdischen Mitbürger wird seit 1 %

Jahrzehnten auch in Sachsen-Anhalt vor allem davon geprägt, dass die wenigen Gemeinden zu DDR-Zeiten auf Kleinstgröße schrumpften und seit Beginn der 90-iger Jahre eine starke Einwanderung von jüdischen Menschen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion bzw. der GUS zu verzeichnen ist. Neben der damit verbundenen Bereicherung des jüdischen Lebens traten und treten dabei Probleme auf, bei denen die sprachliche Seite nur eine Facette ist. Auch treten, bedingt durch die Erfahrungen, die die Menschen mit autokratischen Staatsstrukturen gemacht haben, manche Schwierigkeiten im Umgang mit den Regeln der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland auf. Hier sind gerade auch staatliche Stellen zur Hilfestellung angesprochen. Beim Staatsvertrag zeigten sich in den vergangenen Jahren immer wieder Defizite in seiner praktischen Umsetzung. Dabei waren die geschichtliche und heutige Bedeutung und die grundlegende gute Zusammenarbeit für das jüdische Leben als solches nie in Frage gestellt. Die Verwendung der Gelder des Gesamtzuschusses des Landes, heutzutage immerhin ein Betrag von jährlich 1,1 Mio €, gaben jedoch Anlass zur Sorge. Es gab immer wieder Berichte über Unklarheiten bei der Mittelverwendung. Auch zeigte sich, dass die Jüdische Gemeinschaft im Land untereinander keine homogene oder streng organisierte Struktur aufweisen konnte, sondern auch Gemeinden in Kon-

kurrenz, nicht zuletzt um Zuwendung der finanziellen Mittel traten. Hierfür ist insbesondere die über 8 Jahre dauernde gerichtliche Auseinandersetzung zwischen dem Landesverband Jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt, der sich als Verband der Einheitsgemeinden versteht und insgesamt eher orthodox ausgerichtet ist, und der Synagogengemeinde zu Halle e. V., welche der Union Progressiver Juden, dem Dachverband des liberalen Judentums, angehört, bezeichnend. Es ist hierbei leider erst durch Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundesverfassungsgerichts zu einem vorläufigen Abschluss des Streites gekommen. Überprüfungen des Landesrechnungshofs in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre und in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts zeigten bei allen Gemeinden, die am Landeszuschuss partizipierten, unterschiedlich ausgeprägte Missstände in der Mittelverwendung. Gerade die letztgenannten Feststellungen des Landesrechnungshofes führten schon zu umfangreichen Gesprächen und Verhandlungen mit der Jüdischen Gemeinschaft, um konkrete Verbesserungen zu erzielen. Damit wurden aber auch grundlegende staatsvertragliche Probleme sichtbar. Somit erschien es dieser Landesregierung bereits 2002 nötig, die Fragen des Staatsvertrags einer Überprüfung zu unterziehen. Die Landesrechnungshofberichte konnten nicht nur nicht ignoriert werden, sondern bildeten die Basis für Überlegungen, wie eine bes-



Autor dieses Beitrags: Winfried Willems, Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

„Beim Staatsvertrag zeigten sich in den vergangenen Jahren immer wieder Defizite in seiner praktischen Umsetzung.“

## Neuer Staatsvertrag mit der...

Fortsetzung von Seite 14

„Der Vertrag mit der Jüdischen Gemeinschaft eignet sich nicht zur parteipolitischen Auseinandersetzung.“

sere Mittelverteilung und -verwendung mit entsprechender nötiger Nachweisprüfung erfolgen könnte. Der bisherige Vertrag gab hierzu keine ausreichende Handhabe.

An dieser Stelle ist besonders zu betonen, dass bei der Neuverhandlung des Vertrags das Land stets in Übereinstimmung und mit voller Unterstützung des Zentralrats der Juden in Deutschland gehandelt hat. Hierbei ist insbesondere der engagierte Einsatz des Generalsekretärs des Zentralrats, Herr Stefan Kramer, zu erwähnen und zu betonen. Hierfür dürfen wir in Sachsen-Anhalt sehr dankbar sein. Die Vertragsverhandlungen wurden durch das Kabinett und dem Kultusministerium übertragen. Die Verhandlungsführung oblag mir, das Kultusministerium hat in enger Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und dem Ministerium der Finanzen gehandelt. Dabei wurden stets enge Informationskontakte mit dem Vorsitzenden aller Landtagsfraktionen gehalten, denn der Vertrag mit der Jüdischen Gemeinschaft eignet sich nicht zur parteipolitischen Auseinandersetzung, er sollte im Gegenteil auf eine breite politische Basis gestellt werden.

Nach Beginn der Verhandlungen wurde recht schnell klar, dass eine reine Revision des alten Vertrags nicht ausreichend sein konnte. Vielmehr sollte er durch einen neuen Vertrag ersetzt werden. Dabei hat das Land in schwierigen aber zielführenden Verhandlungsrunden gerade auf die Frage der Verwendung von Landesmitteln, die natürlich Steuermittel sind, gedrungen.

Nach Abschluss der Verhandlungen, Zustimmung zum Vertrag durch alle jüdischen Gemeinden, die während der Vertragsverhandlungen schon existierten, und Billigung durch das Kabinett konnte der neue Vertrag am 23. März 2006 durch Herrn Ministerpräsidenten Prof. Dr. Böhmer und die Vertreter der einzelnen jüdischen Gemeinden sowie des Landesverbandes unterzeichnet werden. Er wird jetzt nach der Landtagswahl und mit Beginn der Arbeit des neuen Landtags und der Landesregierung noch in diesem Monat dem Landtag als Staatsvertrag zur Ratifizierung übersandt.

Die wesentlichen Neuerungen beim Vertrag mit der Jüdischen Gemeinde betreffen einerseits die Festschreibung, wer an den Landeszuschuss zu beteiligen ist. Die Synagogengemeinde zu Halle wurde ausdrücklich als Teil der Jüdischen Gemeinschaft aufgenommen, neu entstehende Gemeinden müssen mindestens 50 Mitglieder, eine ordnungsgemäße Satzung und ein lebendiges religiöses Leben haben, um partizipieren zu können. Die Vertragspartner haben eine fünfjährige Bestehensdauer für angemessen gehalten. Damit sollte eine an den Bedürfnissen der Gemeindeglieder orientierten Mittelverwendung unterstützt werden. Auch ist im neuen Vertrag festgehalten worden, dass die jährliche Mittelverwendung durch eine unabhängige Prüfinstanz zu überprüfen ist. Ausdrücklich heißt es, dass diese Prüfinstanz auch der Landesrechnungshof sein kann. Darüber hinaus ist das Land

berechtigt, in gegebenen Fall Teile des Landeszuschusses zurückzufordern oder diesen bei massiven Vertragsverletzungen einzubehalten.

Hinsichtlich der Mitgliedschaften in den Jüdischen Gemeinden wurde ein Modus ausgehandelt, wie die Frage von Doppelmitgliedschaften bzw. Unklarheiten geklärt werden kann. Dieses wird in Verantwortung des Generalsekretärs des Zentralrats der Juden geschehen, der von allen Beteiligten als Instanz anerkannt ist. Das Kultusministerium hat sich bereit erklärt, hier Hilfestellung zu geben. Die Mitgliedszahlen sind insofern von Bedeutung, als dass jede Gemeinde und der Landesverband einen Sockelbetrag aus dem Landeszuschuss erhalten werden, der weitere Zuschuss nach den Mitgliedszahlen auf die Gemeinden aufgeteilt wird.

Schließlich ist festzuhalten, dass in dem neuen Staatsvertrag nunmehr eine Kündigungsklausel verankert ist. Eine solche Klausel gibt die Möglichkeit, bei auftretenden Vertragsstörungen entsprechend reagieren zu können.

Der neue Vertrag mit der Jüdischen Gemeinschaft gibt Hoffnung, dass eine gedeihliche Entwicklung des jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt auch in den nächsten Jahren möglich sein kann, und dass hinsichtlich auftretender Probleme effizienter gehandelt werden kann. Herr Generalsekretär Kramer hat ihn, ein ermutigendes Wort, als durchaus beispielgebend charakterisiert.

**Winfried Willems,  
Staatssekretär**